ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Grundstück Mühlgang/Zanklstraße

GRin. Mag. a Bauer stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie einem Bericht der "Woche" in ihrer Ausgabe vom 6. 4. 2011 zu entnehmen war, sorgt ein kleines Grundstück am Mühlgang in der Zanklstraße in Gösting derzeit für Diskussionsstoff. Denn dass ausgerechnet auf dem Areal einer ehemals liebevoll betreuten Kleingartenanlage der nunmehrige Pächter offenbar wider allen Grundstückswidmungen handelt, dort einen alten Wohnwagen abstellt, das Grundstück verwildern lässt, alle Bäume gefällt hat und die Aufforderung der Stadt zur Wiederaufforstung gemäß Baumschutzverordnung völlig ignoriert, verärgert die AnrainerInnen naturgemäß.

Fakt scheint zu sein, dass diese 360 Quadratmeter große Fläche von den derzeitigen BesitzerInnen nicht benötigt wird – und Größe und Zustand lassen vermuten, dass der Wert dieses Grundstückes eher bescheiden sein dürfte. Weswegen nunmehr SP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Siegfried Winter die Stadt namens der AnrainerInnen bereits ersucht hat, diese Fläche anzukaufen und – eventuell gemeinsam mit dem noch unverbauten Nachbargrundstück – in eine "Grünoase" umzuwandeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, dem Wunsch der AnrainerInnen nachzukommen und, wie von SP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter Siegfried Winter bereits gefordert, einen Vorstoß zu Sitzung des Gemeinderates vom 14. April 2011

246

unternehmen, damit die Stadt Graz das 360 Quadratmeter kleine Grundstück am Mühlgang in der Zanklstraße, das sich derzeit in einem – wie im Motivenbericht beschrieben – desaströsen Zustand befindet, anzukaufen, um hier – vielleicht sogar noch in Kombination mit einer benachbarten ebenso anzukaufenden Fläche - eine "Grünoase" entstehen zu lassen?

2) Nahversorgungsbus

GRin. Haas-Wippel stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag von 2008 sollte u.a. die Festlegung auf konkrete Detailziele sicherstellen und ein gemeinsames Bekenntnis zu den geplanten Maßnahmen sein. In diesem Arbeitsprogramm wurden auch Ziele unter dem Punkt "Generationen" festgehalten. So wurde auch die Sicherstellung der Nahversorgung mit biologischen regionalen Produkten durch die Einrichtung eines Nahversorgungsbusses als notwendige Umsetzungsmaßnahme beschrieben.

Gerade für die ältere Bevölkerung ist eine entsprechende Nahversorgungsinfrastruktur wichtig, da die Umsetzung dieser Initiative ein wesentlicher Schritt zur Erhaltung der Selbstständigkeit und Lebensqualität älterer Menschen ist.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

In welchen Bezirken in Graz sind die 2008 im schwarz-grünen Regierungsübereinkommen angekündigten Nahversorgungsbusse zur Sicherstellung der Nahversorgung mit regionalen biologischen Produkten bereits im Einsatz?

3) Ignaz-Scarpatetti-Siedlung

GRin. Krampl stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Problematik rund um die Ignaz-Scarpatetti-Siedlung im Zusammenhang mit der geplanten Verbauung des Grundstückes 479/1, KG Wetzelsdorf ist Ihnen hinreichlich bekannt.

Dieses Grundstück war ursprünglich als Ergänzungsfläche zu einem bestehenden Spielplatz für die rund 1500 BewohnerInnen der Hochhausbauten vorgesehen.

Auch wenn bereits ein entsprechender Prüfbericht des Rechnungshofes vorliegt, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage:

Was waren die Gründe dafür, dass man trotz jahrelanger, fieberhafter Suche nach einer Vorbehaltsflächen für Kinderspielplätze, so die Aussage von Stadtrat Dr. Rüsch im Rahmen der Präsentation des STEK 4.0 im Hotel Paradies, den entsprechenden Vorbehalt auf dem Grundstück 479/1 – im Bereich der Ignaz-Scarpatetti-Siedlung - nicht eingelöst hat und die Fläche dann zwei Jahre später wesentlich teurer als Bauland gekauft hat?

4) Raumproblem NMS Fröbel

GRin. Meißlitzer stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits vor einem Jahr habe ich im Gemeinderat auf die schwierige räumliche Situation der NMS Fröbel aufmerksam gemacht – geändert hat sich aber trotz Zusagen Ihrerseits, entsprechende Gespräche zu führen, bis dato nichts. Nur zur Erinnerung: Die SchülerInnenzahl steigt an dieser Schule stetig – die Lehrerinnen und Lehrer leisten trotz schwierigster Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit, aber das Raumangebot, das für den Unterricht zur Verfügung steht, ist absolut unzureichend. Umso unverständlicher ist es, dass das Grazer Volkstheater an diesem Standort über Räumlichkeiten verfügt, die auch von den Schulen genutzt werden könnten – was aber bislang einfach nicht möglich war. Weswegen ja Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits im April des Vorjahres versprochen hatten, im Interesse der Schulen, die Ihnen vielfältige Lösungsvorschläge präsentierten, die entsprechenden Gespräche zu führen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

- 1. Haben sie die im April des Vorjahres der Direktion und den LehrerInnen der NMS Fröbel versprochenen Gespräche mit dem Grazer Volkstheater betreffend Mitnutzung der von der Schule dringend benötigten Räumlichkeiten geführt?
- 2. Wenn ja, wann haben diese Gespräche stattgefunden und wer war dazu eingeladen?
- 3. Wenn ja, welche Ergebnisse brachten diese Gespräche?

4. Falls diese von Ihnen vor mittlerweile 12 Monaten angekündigten Gespräche inzwischen tatsächlich erfolgt sind, aus welchem Grund ist bis dato nichts von möglichen Lösungsansätzen zur Behebung der dramatischen Raumnot an der NMS Fröbel bekannt, obwohl Ihnen ja seitens der Schule vor einem Jahr als Basis für diese Gespräche eine umfassende Vorschlagsliste überreicht worden war?

5) Tagsätze für Pflege, Begleitung und Betreuung in Pflegeheimen

GRin. Binder stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Altern ist von brennender politischer Relevanz und Altern ist auch die Zukunft von uns allen. Menschen, die heute alt und oft pflegebedürftig sind, haben nach dem Krieg unser Land unter schwierigsten Bedingungen aufgebaut und uns, meiner Generation, eine neue bessere Zukunft geschaffen. Viele dieser verdienstvollen alten Menschen verbringen ihren letzten Lebensabschnitt in Pflegeheimen und haben das Recht, unter Wahrung ihrer Würde die bestmögliche Betreuung, Zuwendung und Pflege zu erhalten.

Dem werden alle zustimmen, die Sparpolitik der SPÖ/VP-Reformpartnerschaft spricht aber eine ganz andere Sprache und gefährdet die soziale Sicherheit und in hohem Maße den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In einem offenen Brief weisen Caritas und Volkshilfe darauf hin, dass die Tagsätze für die Pflege, Begleitung und Betreuung der BewohnerInnen in den Pflegeheimen nach den Plänen der Steiermärkischen Landesregierung im heurigen Jahr nicht erhöht werden. Und das obwohl vor der Landtagswahl faire Tagsatzerhöhungen verhandelt wurden und die Bundesregierung einen Pflegefonds mit 685 Mio. € bis 2014 eingerichtet hat.

Durch diese Politik müssen die Träger nunmehr bis Ende des Jahres 2011 einen Betrag von 1,8 Millionen Euro im Pflegebereich einsparen. Diese Einsparung bringt pro Pflegeheim 1.784 Stunden weniger an Zuwendung und Pflege und den Abbau von Dienstposten und das, obwohl der Personalschlüssel in der Steiermark schon jetzt hinter dem österreichischen Durchschnitt liegt. Konkret bedeutet dieser finanzielle Einschnitt eine Verminderung der Pflegequalität und einen erhöhten Druck auf das Pflegepersonal.

Wenn wir wollen, dass die individuellen Bedürfnisse der alten Menschen in den Pflegeheimen so gut wie möglich abgedeckt werden sollen, dann muss investiert und nicht gespart werden.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, in einem Brief an Landeshauptmann Voves, Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, Finanzlandesrätin Vollath und Landesrätin Edlinger-Ploder im Namen des Gemeinderates und im Sinne des offenen Briefes von Caritas und Volkshilfe unmissverständlich klar zu machen, dass der zur Zeit auf dem Rücken der alten Menschen eingeschlagene Sparkurs im Pflegebereich in eine desaströse Sackgasse führen wird und daher abzulehnen ist?

6) Augartensauna

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Schließung der Augartensauna hat vor etwas mehr als einem Jahr viel Staub aufgewirbelt und war auch hier im Gemeinderat Gegenstand mehrerer Diskussionen. Die Nachfrage seitens der Bevölkerung vor allem aus dem Bezirk Jakomini war ungebrochen, weil sie eine fußläufig erreichbare Sauna in ihrem Bezirk retten wollten.

In einem Bericht der "Kleinen Zeitung" vom 23. Feber 2010 sprachen Sie von einer "Schmalspursauna" als Ersatz für die Augartensauna. Nunmehr wurde – am Faschingsdienstag – lediglich eine Infrarotkabine installiert. Die ehemaligen BenützerInnen der Augartensauna fühlen sich dadurch in ihren Bemühungen aber nicht ernst genommen, sondern gefrotzelt.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Ist diese Infrarotkabine für Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Schmalspursauna? Wenn nein, sind Sie bereit, weiterhin für eine Ersatzlösung für die Augartensauna zu wirken?

7) Verlängerung der Einwendungsfrist STEK 4.0

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Einwendungsfrist zum STEK 4.0 endet am 29. April 2011. Die letzten Bürgerinformationsveranstaltungen fanden aber erst in dieser Woche statt, für

Liebenau/Puntigam am 11. 04., für die Bezirke Ries/St. Leonhard am 13. 04. Damit bleiben nur mehr ca. zwei Wochen Zeit für die Einwendungen, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass in diese Zeit auch die Osterferien fallen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die Einwendungsfrist zum STEK 4.0 um rund zwei Wochen zu verlängern, damit auch die BürgerInnen jener Bezirke, deren Informationsveranstaltungen erst sehr spät stattfanden, genügend Zeit haben, um sich mit dem STEK auseinanderzusetzen und gegebenenfalls Einwendungen zu machen?

8) Strengere Auflagen – Maßnahmen gegen Fußballrowdies

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Was sich zurzeit vermehrt im Grazer Fußball abspielt, ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung. Unbelehrbare "Fans" fallen nicht nur im Stadion, sondern auch außerhalb des Stadions negativ auf und machen mit "Schlagzahlen" auf sich aufmerksam.

Gerade eine Minute war zum Beispiel der Schlager der Runde zwischen Sturm Graz und Rapid am Samstag alt, als ein Becherwurf aus dem Fan-Sektoren 9 und 10 der Heim-Elf die Fortsetzung des Matches in der UPC-Arena infrage stellte. Eine wahre Becherwurfflut auf einen Spieler der gegnerischen Mannschaft traf den Linienrichter so unglücklich am Hinterkopf, dass eine Weiterführung des Spieles kurzzeitig in Frage gestellt war. Auch mussten ständig die Spieler beider Mannschaften bei Eckbällen von Ordnern mittels Sonnenschirm vor weiteren Wurfgeschossen sogenannter "Fans" geschützt werden.

Im Weiteren kommt es nun auch vor und nach den Spielen beider Grazer Fußball Vereine immer öfters zu Ausschreitungen mit vermehrter Gewalt gegen Personen und Sachen, die oftmals mit schweren Personen- und Sachschäden endeten. So wurden z.B. auch vor dem Fußballspiel SK Sturm – Rapid beim Café Haltestelle vor dem Lokal sitzende Gäste von randalierenden "Rapid-Fans" attackiert und die Caféhaus-Einrichtung schwer beschädigt. Nach den Spielen GAK – Blau Weiß Linz und Sturm – Rapid gab es auch Straßenkämpfe unter den rivalisierenden "Fangruppen". Da die letzten Bundesliga- bzw. Regionalligaspiele der zwei Grazer Vereinen jedoch keine Einzelfälle waren, ist es an der Zeit, dass die Verantwortlichen der beiden Fußballvereine, die Fußball-Bundesliga und die verantwortlichen Stadionbetreiber der Stadt Graz, endlich auf diese äußerst bedenkliche Entwicklung reagieren. In erster Linie gehören die amtsbekannten Fans schon vor jedem Spiel polizeilich ausgesperrt und ihnen polizeiliche Maßnahmen auferlegt. Weitere Störenfriede während eines Spiels müssten sofort des Stadions verwiesen werden. In zweiter Linie müsste als Sofortmaßnahme das Sicherheitsnetz hinter den beiden Toren des Stadions auch in die Kurven hinein verlängert werden. Es kann nicht sein, dass Schirme wie an einem Badestrand Schutz bieten müssen. Auch müsste unbedingt über ein Alkoholausschankverbot während des Spieles vor und im Stadion angedacht werden und offensichtlich alkoholisierte Fans der Eintritt ins Stadion verwehrt werden.

Die wahren Fans wollen auch weiterhin sportlich hinter den Mannschaften stehen und sich von einigen Störenfrieden nicht das Spiel verhauen lassen. Deshalb fordere ich auch die Bundesliga auf, sofort auf diese negative Entwicklung zu reagieren und strengere Auflagen an die Vereine zu beschließen.

Zur Illustration gebe ich auch eine Aussendung der Bürgerinitiative ALS auszugsweise wieder:

"Das Stadionumfeld präsentiert sich heute mit demolierten und niedergetretenen Zäunen, Scherben, Pyrotechniküberresten, Brandspuren mitsamt dem hinterlassenem Müll als Schlachtfeld.

Anwohner sind regelmäßig durch Ausschreitungen faktisch unter Hausarrest, Geiselhaft und genötigt, sich nach den Vorgaben der Veranstaltungstermine und deren Auswüchse ihr Leben einzuteilen.

Zur Verantwortung gezogen gehört neben den grob fahrlässigen Veranstaltern auch die Gastronomie am Stadion, die auch gestern wieder fleißig Gläser und Krüge ausgegeben hat. Auch diese Scherben beweisen noch heute, dass die unbändige Geldgier diese sogenannten Gastronomen beflügelt, Chaoten mit Wurfgeschossen auszustatten".

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Anfrage:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, zusammen mit dem für Sportfragen zuständigen Stadtrat und dem stadionverantwortlichen Betreiber in Verhandlung mit der Bundesliga, der Polizei Graz und den Grazer vereinsverantwortlichen Vorständen vom SK Sturm Graz und vom GAK zu treten, um rasche Maßnahmen auszuarbeiten, damit in Zukunft den GrazerInnen die Angst vor Fußballveranstaltungen in Graz genommen werden kann?

9) Grünfläche neben der Helmut-List-Halle – zwischenzeitliche Nutzung auch als Spielfläche ermöglichen

Sitzung des Gemeinderates vom 14. April 2011

255

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Absprache der Verantwortlichen der Stadt mit dem Eigentümer (Raiffeisenbank) der Grünfläche neben der Helmut-List-Halle können dort Veranstaltungen wie z.B. Zirkusaufführungen abgehalten werden. Zwischenzeitlich ist sie jedoch ungenutzt. Da in der Umgebung viele Jugendliche leben, die auch besonders gerne Fußball spielen und der Bezirkssportplatz in der Vinzenzgasse sehr stark genutzt wird und nicht immer für den Andrang an Jugendlichen ausreichend ist, wäre es wünschenswert, wenn sie diese Grünfläche zwischenzeitlich für diesen Zweck nutzen könnten.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich für die zwischenzeitliche Freigabe der Grünfläche neben der Helmut-List-Halle als Spielfläche für Jugendliche aus der Umgebung, um dort Fußball spielen zu können, einzusetzen?

10) Wo ist Oskar?

GR. Mag. Korschelt stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In einschlägiger Literatur über unsere Stadt ist er noch zu finden, zahlreichen Grazern ist er noch in Erinnerung und Grazbesucher erkundigen sich wiederholt nach seinem Verbleib. Auch ich frage mich bisweilen: "Wo ist Oskar?"

Diese Frage weitergebend richte ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Bist du bereit in Erfahrung zu bringen, wo die Statue "Oskar" verblieben ist bzw. wie sich die näheren Besitzverhältnisse gestalten und ist dir bekannt, ob die Statue wieder auf ihren alten Standplatz in der Herrengasse zurückkehren wird?

11) Pfadfindergrundstück Straßganger Straße 436 in 8045 Graz

GR. Ing. Lohr stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das im Betreff angeführte Grundstück befindet sich im Besitz der ASFINAG und wird seit Jahren von der Pfadfindergruppe 10 genutzt. Nun soll es aber verkauft werden, was für die betroffene Pfadfindergruppe eine weitere Nutzung ausschließt. Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ja selbst ein begeisterter Pfadfinder sind bzw. waren, hoffe ich, dass Sie diese Initiative inhaltlich entsprechend unterstützen. Ich richte daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie nachfolgende

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen der ASFINAG in Kontakt zu treten, um im Zuge dessen Lösungsmöglichkeiten zu erörtern, die einen weiteren Verbleib der Pfadfindergruppe auf gegenständlichem Grundstück ermöglichen?

12) Heimgartenanlage Thodor Körner in Graz-Andritz

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die im Betreff angeführte Heimgartenanlage war in jüngerer Vergangenheit wiederholt Gegenstand medialer Berichterstattung. Vom Fehlen jedweder zeitgemäßer sanitärer Infrastruktur und von Ablösesummen bis zu € 10.000,-- für eine Parzelle war da die Rede. Den verunsicherten Heimgartenbetreibern, die derartige Anschuldigungen empört von sich weisen, wurde in diesem Zusammenhang bereits 2007 seitens der Grundeigentümerin, der damaligen Grazer Stadtwerke AG, mitgeteilt, dass die Nutzung nur auf Basis einer prekaristischen Überlassung erfolge und dass der Zustand der Anlage mit den Schutzbestimmungen des Wasserwerkes in Graz-Andritz nur mehr schwer zu vereinbaren wäre. Außerdem erklärte die Eigentümerin, etwaige Haftungsansprüche neu hinzu getretener Heimgärtner, vermeiden zu wollen.

Basierend darauf wurde als Alternative eine Übersiedelung auf die neue Heimgartenanlage "An der Kanzel" angeboten. Ein Angebot, das mittlerweile auch die Holding Graz aufrecht erhält.

Allerdings stellt die größere Entfernung dieser Anlage für viele Heimgärtner – vor allem ältere Personen - ein nahezu unüberwindbares Hindernis dar. Da nun auch eine persönliche Nachschau ergab, dass die sanitären Einrichtungen der aktuellen Heimgartenanlage durchaus den Erfordernissen der Gegenwart entsprechen, richte

ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen der Eigentümerin in Kontakt zu treten, um einen dauerhaften Verbleib der Heimgartenanlage auf dem im Betreff angeführten Grundstück zu gewährleisten?

13) Entschädigung der Hochwasseropfer

GR. Mag. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die aus der Sprengung der am Hauptbahnhof entdeckten Fliegerbombe resultierenden Schäden führten zu Diskussionen über die Entschädigungen der Opfer aus Mitteln der Stadt Graz.

In diesem Zusammenhang meldeten sich auch Bürger aus Andritz zu Wort, die erklärten, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt seitens der Stadt Graz noch keine Entschädigung für erlittene Schäden, resultierend aus den Hochwässern der letzten Jahre, erhalten zu haben. Da die Stadt Graz aber gerade hinsichtlich der Hochwasserbekämpfung zahlreiche Versäumnisse zu verantworten hat, erscheint eine adäquate Entschädigung aus öffentlichen Mitteln mehr als angebracht. Daher richte ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Sind Sie bereit, durch die zuständigen Ämter ein adäquates Entschädigungssystem der Grazer Hochwasseropfer prüfen zu lassen und dieses zeitnah zur Auszahlung zu bringen?

14) Drohende Schließung des LKH Hörgas-Enzenbach

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die geplante Schließung des LKH Hörgas-Enzenbach durch die steirische Landesregierung ist gesundheits- wie wirtschaftspolitisch ein "Schwachsinn" und zerstört jegliche effiziente Reform des steirischen Spitalswesens. Gerade Hörgas-Enzenbach ist das beste Beispiel für ein spezialisiertes Schwerpunktkrankenhaus. Wenn es diese Spezialklinik noch nicht gäbe, müsste man sie umgehend bauen. Es ist wirtschaftlich sinnvoll, die unzähligen "Wald- und Wiesenspitäler" nicht nur zu hinterfragen, sondern auf das Maß der gesundheitspolitischen Notwendigkeit zurückzustutzen. Jahrzehntelang war es ja gute Sitte, dass sich SPÖ- und ÖVP-Bürgermeister mit dem Bau eines Kreisverkehrs und eines eigenen Spitals ein Denkmal ihrer Tätigkeit gesetzt haben. Gerade Hörgas-Enzenbach ist aber kein "Wald- und Wiesenspital" sondern eine über die Grenzen der Steiermark hinaus bekannte und renommierte Spezialklinik. Sowohl die personelle Qualifikation samt der jahrelangen Erfahrung als auch der Standort sind bestens geeignet und haben sich bewährt. In diesen Standort wurden und werden Millionen Euro investiert. Es ist nicht nur ein hochspezialisierter Standort für Innere Medizin (Behandlung von Diabetes und Fachschwerpunkten zu Hepatologie und Tropenmedizin), sondern beherbergt auch eine stets ausgelastete Einheit zur Remobilisation. Darüber hinaus befindet sich im LKH Hörgas-Enzenbach eine der modernsten Pulmologie-Stationen des Landes, welche gerade durch das feinstaubgeplagte Grazer Einzugsgebiet von großer Wichtigkeit ist.

Daher richtet der unterzeichnende Gemeinderat an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

Anfrage:

Welche Maßnahmen auf welcher Ebene haben Sie gegen die gesundheits- und wirtschaftspolitische schwachsinnige Schließung des LKH Hörgas-Enzenbach seit Bekanntwerden der Pläne der Landesregierung gesetzt?

15) Aufträge der Stadt Graz für externe Berater

GR. Schröck stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Es ist zum allgemeinen Leidwesen bekannt, dass öffentliche Institutionen für verschiedenste Projekte externe Berater auf Steuerzahlerkosten heranziehen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Graz auf ein hervorragendes Potential von Expertinnen und Experten in allen Bereich der Stadtverwaltung zurückgreifen kann, ist das Heranziehen externer Berater eine reine Steuergeldverschwendung. Obwohl in allen Amtsbereichen der Stadt fachlich hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufgaben jeglicher Bereiche zur Verfügung stehen, ist nicht auszuschließen, dass die Stadtregierung externen Unternehmungen Berateraufträge zukommen hat lassen.

Daher richten die unterzeichnenden Gemeinderäte an den Bürgermeister der Stadt Graz nachstehende

- 1. Von welchen externen Beratern (Einzelpersonen, Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Agenturen etc.) wurden Sie, Ihr Bürgermeisteramt, die Mitglieder der Stadtregierung, die Stadt Graz und alle Dienststellen vom 01.01.2009 bis 31.12.2010 beraten, welche Expertisen wurden in dem genannten Zeitraum in Auftrag gegeben bzw. welche einschlägigen Dienstleistungsverträge wurden in Auftrag gegeben?
- 2. Aus welchem Grund wurden in dem unter Frage 1 genannten Zeitraum externe Beratungen hinzugezogen, wurden Expertisen bzw. wurden Dienstleistungsverträge in Auftrag gegeben?
- 3. Wer exakt gab den Auftrag für allfällige unter Frage 1 genannte externe Beratungen, Expertisen bzw. Dienstleistungsverträge?
- 4. Wie lautet die exakte Beauftragung (Vertrag) für die unter Frage 1 genannten Beratungen und allfälliger in Auftrag gegebener Expertisen und Dienstleistungsverträge?
- 5. Gab es innerhalb der Stadt Graz und seiner Dienststellen keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieselbe Beratungsleistung bzw. Expertise erbringen konnten, wie die in der Frage 1 genannten und beauftragten Berater, "Experten" und Dienstleister? Wenn nein, warum nicht?
- 6. Wie hoch waren die für Ihre Stadt Graz zu tragenden Kosten für die unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen (exakte Aufstellung)?
- 7. Erfolgten Ausschreibungen für die von der Stadt Graz von 01.01.2009 bis 31.12.2010 in Auftrag gegebenen Beratungen und Expertisen? Wenn nein, warum nicht?

- 8. Welchen exakten Inhalt hatten diese unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen bzw. zu welchen Schlussfolgerungen und Empfehlungen kamen diese?
- 9. Mit welcher exakten budgetären Bedeckung wurden die in der Frage 1 genannten Beauftragungen jeweils abgerechnet?
- 10. Planen Sie, die Mitglieder der Stadtregierung sowie allfällige Dienststellen der Stadt Graz die Beauftragung von externen Beraten und Experten? Wenn ja, wann, wofür, welche und mit welchen zu erwartenden Kosten?

16) Aktueller Stand beziehungsweise weitere Vorgangsweise beim Projekt Reininghaus

GR. Mag. Mariacher stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Neuerlich sind zusätzliche Informationen zum Thema "Reininghaus" von Nöten: So ist immer noch nicht bekannt, ob es tatsächlich einen Verkauf der Reininghaus-Gründe von der "asset one AG" an den interessierten Investor Fernando Douglas bzw. seiner von ihm geführten Investorengruppe gegeben hat. http://steiermark.orf.at/stories/503372/

Auch der immer wieder aufgeworfene Begriff der Filettierung der Flächen legt den Verdacht nahe, dass es die Stadt Graz mit einer Vielzahl von Eigentümern zu tun haben wird und damit die Gefahr steigt, dass die bisher seitens der Stadt Graz erarbeiteten Rahmenpläne zur reinen Makulatur werden könnten.

Auch ist bisher nicht ausgeführt, in welcher Form bzw. in welchem Ausmaß eine Verbauung der dato dortig gegebenen "Öko-Oase" sich mit bzw. ohne Filettierung auf die gesamtheitliche Grazer Ökolage auswirkt.

Meine Frage an Sie lautet:

- 1. Hat die "asset one AG" die Reininghaus-Gründe auch formalrechtlich veräußert? Wenn ja, an welchen Eigentümer bzw. an welche Investorengruppe wurde verkauft? Wenn nein, bis wann und an wen?
- 2. Kann dies verbindlich ausgeschlossen werden oder wird eventuell doch zu einer Filettierung der Reininghaus-Gründe kommen? Wenn ja, in welchen Größen und zu welchem Zwecke und in welchen zeitlichen Tranchen?
- 3. In welcher Form bzw. in welchem Ausmaß wird sich eine Verbauung der dato dortig gegebenen "Öko-Oase" mit bzw. ohne Filettierung auf die gesamtheitliche Grazer Ökologie auswirken?
- 4. Welche weiteren Schritte, Maßnahmen und Termine sind dazu angedacht?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfragen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.